

5
82

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Februar 1982

Sieben-Punkte-Offensive

Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft

Die Arbeitslosigkeit, von der inzwischen fast zwei Millionen Menschen betroffen sind, ist eine ungeheure Herausforderung an den demokratischen Staat. Die CDU wird die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitbürger nicht im Stich lassen und alles tun, um die Ursachen der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, erklärte Helmut Kohl auf einer Sitzung des Parteipräsidiums in Bonn (8. Februar).

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer Sitzung am 9. Februar 1982 einstimmig eine Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verabschiedet.

Das sind die sieben Punkte:

- I. Den Haushalt in Ordnung bringen
- II. Mehr private und öffentliche Investitionen
- III. Mehr Selbständige
- IV. Mehr Wohnungen bauen
- V. Den technischen Fortschritt fördern
- VI. Tarifpartner tragen Verantwortung
- VII. Den Arbeitsmarkt öffnen

WIRTSCHAFT

Die Sieben-Punkte-Offensive
für eine neue Wirtschafts-
und Beschäftigungspolitik
im Wortlaut

Seite 2

Die gemeinsame Entschließung
der Ministerpräsidenten
im Wortlaut

Seite 6

Zitate beweisen es:
Der Zickzackkurs von Schmidt,
Matthöfer und Genscher

Seite 7

KOALITION

Schmidts Demontage
geht weiter

Seite 9

KOMMUNEN

Bonn für die Finanzmisere
in Städten und Gemeinden
verantwortlich

Seite 11

AUSLÄNDER

Regierung hat versagt und
die Probleme auf andere
abgewälzt

Seite 13

CDU OLDENBURG

Albrecht-Politik muß
fortgesetzt werden

Seite 15

DOKUMENTATION

Versprochen —
nicht gehalten (I)

grüner Teil

Die Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich drastisch verschlechtert. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zur Zeit fast zwei Millionen Arbeitslose. Das sind 600 000 Arbeitslose mehr als vor einem Jahr. Diese Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur eine Belastung für unsere Wirtschaft, sondern bedeutet für Millionen Menschen ein schweres menschliches Schicksal.

Diese hohe Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis schwerer Fehler der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik der SPD/FDP-Koalition. Ausufernde Staatsverschuldung, eine kollektive, nur noch nach Quoten und nicht mehr am einzelnen Menschen orientierte Sozialpolitik, überzogene Belastung mit Steuern und Abgaben, eine ausufernde Bürokratisierung auf allen Ebenen markieren den Weg in diese Krise und haben verhindert, daß die deutsche Wirtschaft die aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung resultierenden Belastungen rechtzeitig und ausreichend auffangen konnte.

Die Folgen jahrelanger schwerer Fehler können nicht kurzfristig mit sogenannten Beschäftigungsprogrammen beseitigt werden. Vielmehr bedarf es einer grundsätzlichen Kursänderung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik, die es den Unternehmern, den Arbeitnehmern und unseren ausländischen Partnern ermöglicht, wieder Vertrauen in die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen.

Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates muß wiederhergestellt werden, Vertrauen in die Stabilität unseres demokratischen Rechtsstaates und in unsere Verlässlichkeit als Partner im freien Europa und im Atlantischen Bündnis. Vertrauen im In- und Ausland ist die wichtig-

ste Voraussetzung für einen dauerhaft gesicherten Aufschwung. Dazu muß jetzt Klarheit über die künftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geschaffen werden.

Die Grenze der Belastbarkeit durch Steuern und Sozialabgaben ist für Arbeitnehmer und Unternehmen erreicht. Offene und heimliche Steuererhöhungen weisen keinen Weg aus der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Sie sind kein Mittel zur Belebung der Wirtschaft, wirken unsocial und belasten unnötig die Tarifverhandlungen. Deshalb wird eine Mehrwertsteuererhöhung nicht die Zustimmung der CDU/CSU finden.

Die Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis der Tatsache, daß SPD und FDP die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft jahrelang verletzt haben. CDU und CSU als klassische Parteien der Sozialen Marktwirtschaft fordern daher eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Wir legen dazu eine Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vor:

I. Den Haushalt in Ordnung bringen

1. Vorrangiges finanzpolitisches Ziel für die CDU/CSU ist, den Schuldenzuwachs abzubauen und die Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen. Dazu sind Kürzungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen unabsehbar (siehe Sparbeschlüsse der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 9. September 1981). Durch eine solide Finanzpolitik werden wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Senkung des Zinsniveaus geschaffen. Niedrigere Zinsen sind unverzichtbar für mehr Investitionen.

2. Die Grundlagen unseres Systems sozialer Sicherung sind durch die sinkende Wirtschaftskraft gefährdet. Der Mißbrauch innerhalb des Systems der sozialen Sicherung muß beseitigt werden. Wer einen zulässigen Arbeitsplatz ausschlägt, obwohl er arbeiten kann, verwirkt den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Wer krankfeiert, ohne krank zu sein, handelt unsozial. Wer einen anderen krankschreibt, obwohl dieser nicht krank ist, beteiligt sich an der Ausbeutung unseres Versicherungssystems.

Wir werden über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle für Arbeiter, Angestellte und Beamte entscheiden, sobald das Ergebnis der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Überprüfung vorliegt. Wir müssen unser Gesundheitssystem so reformieren, daß alle ein unmittelbares Eigeninteresse an Sparsamkeit haben.

II. Mehr private und öffentliche Investitionen

1. Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Wir dürfen nicht weiter das in der Vergangenheit erarbeitete Kapital aufzehren, sondern wir müssen für unsere Zukunft investieren. Dabei liegt der Vorrang bei den privaten Investitionen. Dazu muß die Finanzkraft und die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt werden.

2. Sobald die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates wiederhergestellt ist, muß das Steuersystem wieder wachstums- und leistungsfreundlicher ausgestaltet werden (siehe gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU).

3. Wer investieren will, muß auch investieren dürfen. Die politischen und bürokratischen Investitionshemmisse müssen abgebaut werden. Die Genehmigungsverfahren beim Bau industrieller Anlagen sind zu beschleunigen und der Rechtsschutz bei industriellen Großvorhaben muß wieder kalkulierbar werden.

4. Die öffentlichen Investitionen müssen verstetigt werden. Wir werden Kürzungen der investiven Ausgaben im Bundeshaushalt vor allem bei den Bauinvestitionen rückgängig machen und dies durch Umstrukturierungen im Bundeshaushalt ermöglichen. Dies gilt vor allem für die Gemeinschaftsaufgaben (Regionale Wirtschaftsstruktur, Agrarstruktur und Küstenschutz sowie Hochschulbau), den Wohnungsbau, den Ausbau von Verkehrswegen, Energieinvestitionen einschließlich Fernwärme und Energieeinsparung sowie Medientechnologie und Umweltschutz.

III. Mehr Selbständige

Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, werden Erweiterungsinvestitionen und Personenaufstockungen in bestehenden Unternehmen nicht ausreichen. Deshalb müssen die Bemühungen zur Schaffung neuer Unternehmen mit Nachdruck fortgesetzt werden. Wir wollen eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleisten, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten. Wir brauchen eine Existenzgründungswelle, für die wir die Voraussetzungen schaffen werden. Dazu zählen Hilfen zur Aufbringung des notwendigen Risikokapitals und Sofortabschreibungen sowie Ansparmodelle zur Existenzgründung analog dem Bausparmodell (siehe Vorschlag der CDU/CSU zur staatlichen Förderung des Existenzgründungssparens in Anlehnung an die Bausparförderung).

Für die mittelständischen Betriebe sollen Erfindungen und ihre Anwendung durch besseren Zugang zu Patenten und neuer Technologie erleichtert werden.

IV. Mehr Wohnungen

Bauen schafft Arbeitsplätze und zieht weitere Aufträge in anderen wirtschaftlichen Bereichen nach sich. Im Wohnungsbau

werden wir durch das wohnungsbaupolitische Programm der CDU/CSU sowie durch die drei Gesetzesinitiativen der Union vom Mai 1981 bestehende Investitionshemmnisse abbauen.

1. Die von der Union initiierten Verbesserungen der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten lassen ein zusätzliches jährliches Wohnungsbauvolumen von etwa 20 000 Wohnungen erwarten. Die Bundesregierung hat im Mai 1981 steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten abgelehnt. Erst im September 1981 schwenkte sie auf den Kurs der Union ein. Sie allein hat die zeitliche Verzögerung mit all ihren Folgewirkungen zu vertreten.

2. Die im Dezember 1981 im Vermittlungsausschuß durchgesetzte Gesetzesinitiative der Union zum Abbau nicht mehr ge�헤tigt Subventionen im älteren Sozialwohnungsbestand schafft den Ländern die Möglichkeit für zusätzliche Investitionen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Allein im Dezember 1981 sind Rückflüsse von öffentlichen Darlehen in Höhe von 741 Mio. DM erfolgt. Für die Jahre 1982 bis 1985 wird ein Mittelaufkommen aus vorzeitig zurückgezahlten Darlehen, Ausgleichszahlungen und aus Zinsanhebungen für die vor dem 1. 1. 1970 bewilligten öffentlichen Baudarlehen in Höhe von insgesamt vier Mrd. DM erwartet.

Wir appellieren an die Länder, diese Mittel voll für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen sowie ihre regionalen Wohnungsbauförderungsprogramme trotz angespannter Finanzlage voll zu verwirklichen und die Sonderprogramme für die Förderung des Wohnungsbaus zu verwirklichen.

3. Durch die Möglichkeit, Zeitmietverträge abzuschließen, Staffelmieten im Neubau und im Bestand zu vereinbaren sowie durch eine zeitnahe Fortschreibung der Mietspiegel werden wir das Mietrecht liberalisieren und es Bauwilligen erleichtern,

in den Mietwohnungsbau zu investieren. Die mietrechtlichen Bestimmungen dürfen einer vernünftigen und notwendigen wirtschaftlichen Nutzung der Mietwohnung nicht entgegenstehen. Dabei hält die CDU/CSU an dem Grundsatz fest, daß eine Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung ausgeschlossen bleibt.

V. Den technischen Fortschritt fördern

1. Wir dürfen in den Technologien, die der Schlüssel für moderne wirtschaftliche Entwicklung sind, wie z. B. der Mikroelektronik, nicht den Anschluß verpassen. Der Vorsprung unserer Konkurrenz ist gewachsen. Deshalb brauchen wir eine technologische Offensive. Die Forschung muß sich wieder mehr den Problemen der Praxis in der Wirtschaft öffnen. Forschungsergebnisse müssen schneller in praktische industrielle Anwendung umgesetzt werden. Wir brauchen Anreize, damit vor allem mittelständische Betriebe mehr qualifiziertes Personal in Forschung und Entwicklung beschäftigen.

2. Wir setzen uns dafür ein, daß sich die junge Generation in ihrer Schul- und Berufsbildung wieder stärker naturwissenschaftlichen und technischen Fächern zuwendet. Die Anwendung modernster Techniken in der Wirtschaft ist Voraussetzung für weiteren Wohlstand und soziale Sicherheit. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs für viele technische Berufe muß beseitigt werden.

3. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erfordert Energie zu konkurrenzfähigen Preisen. Deshalb müssen

— die politischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen für einen zügigen Bau von Kohle- und Kernkraftwerken geschaffen werden. Der Ausbau der Energieversorgung schafft Arbeitsplätze bei Kraftwerksbauern, Zulieferern und der Bauindustrie. Kernenergie sichert langfristig Ar-

beitsplätze durch ein international konkurrenzfähiges Strompreisniveau. Sie entlastet zudem unsere Ölrechnung und trägt dadurch zur Stärkung unserer Außenhandelsbilanz bei und ermöglicht, die Zinsen zu senken.

— die fortschrittlichen Energietechniken weiterentwickelt werden. Umweltfreundliche Kohleverbrennung und Kohleveredlung sind zügig zur technischen Reife zu führen. Die über die heutigen Leichtwasserreaktoren hinausführenden modernen Entwicklungen von Hochtemperaturreaktoren einschließlich kleiner Einheiten und schnelle Brutreaktoren, die langfristig knappes Uran besser zu nutzen vermögen, müssen in der Forschung und Anwendung unterstützt werden.

— die beschäftigungspolitischen Chancen von energieeinsparenden Investitionen (z. B. Gebäudeisolation, Wärmepumpen, Kraftwärmekopplung, Fernwärme, Solartechnik), die vor allem kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Bau- und Installationsgewerbe zugute kommen, verstärkt genutzt werden.

4. Wir werden die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken unterstützen. Rasches Handeln ist angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich der Telekommunikation notwendig. Erforderlich sind die Aufhebung des Verkabelungsstopps, verbindliche Investitionspläne der Deutschen Bundespost, eine Klärung ihrer zukünftigen Monopolbereiche sowie die Aufgabe der Blockade einer zukunftsträchtigen Medienpolitik durch die SPD.

5. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum stehen in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zum Schutz unserer natürlichen Reserven und der Umwelt. Die Reinhaltung der Luft, die Aufrechterhaltung des natürlichen Wasserhaushaltes, die Begrenzung der Meeresverschmutzung, die Eindämmung der

Lärmbelästigung erfordern gewaltige Investitionen des aktiven Umweltschutzes und schaffen neue Arbeitsplätze.

VI. Tarifpartner tragen Verantwortung

1. Die Verantwortung der Sozialpartner für Wachstum und Beschäftigung kann ihnen niemand abnehmen. Die Löhne sind sowohl als Kostenfaktor wie auch als Einkommen eine Schlüsselgröße. Ein Prozent mehr Lohn und Gehalt machen fast 8 Mrd. DM. Wir appellieren an die Tarifpartner, bei ihren Verhandlungen verstärkt den wachstums- und beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen sich zu einer sozialen Allianz für Investitionen und für Arbeitsplätze zusammenfinden. Ohne einen maßvollen Lohnabschluß würden andere beschäftigungspolitische Maßnahmen wirkungslos bleiben. Lohnpolitische Zurückhaltung und Preisdisziplin führen zu mehr Wachstum und Investitionen und ermöglichen wieder eine Sicherung der Realeinkommen der Arbeitnehmer.

Diese notwendige Umorientierung muß durch Angebote zur Ausweitung der individuellen Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer erleichtert werden. Dadurch soll bewirkt werden, daß sich durch eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik die Einkommens- und Vermögensteilung nicht dauerhaft zu Lasten der Arbeitnehmer verschiebt. Vorschläge hierfür liegen von Seiten der Union seit Jahren vor (siehe Beschuß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion).

2. Die in der Vergangenheit in den Tarifverträgen praktizierten Lohnnivellierungen haben Arbeitsplätze vernichtet und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erschwert. Die Tarifvertragspartner sind aufgefordert, die Diskriminierung der körperlichen und handwerklichen Arbeit unter Berücksichti-

gung der Leistungsgerechtigkeit bei der künftigen Tarifpolitik zu beseitigen.

VII. Den Arbeitsmarkt öffnen

1. Für Jugendliche müssen weiterhin ausreichend Lehrstellen angeboten werden. Dazu ist zunächst die Ausbildungsbereitschaft insbesondere in den kleinen und mittleren Betrieben zu erhalten und weiter zu stärken. Die Unternehmen mit Beteiligungen der öffentlichen Hand dürfen ihr Lehrstellenangebot nicht verringern. Ein großer Teil der Jugendlichen konzentriert sich in der Berufswahl auf wenige Modeberufe, während vor allem im Handwerk viele Ausbildungsplätze mit guten Berufschancen unbesetzt bleiben. Dieser Entwicklung müssen wir entgegenwirken. Wir appellieren an die Jugendlichen, bei ihrer Berufswahl auch die Chancen am Arbeitsmarkt stärker zu bedenken. Wir werden die Stellung der Hauptschule im Bildungssystem stärken.

2. Durch Umschichtungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit sind wieder vermehrt Möglichkeiten der beruflichen Aus-

und Fortbildung, der Umschulung und der Wiedereingliederung zu schaffen.

3. Die Union fordert private und öffentliche Arbeitgeber auf, mehr Teilzeitarbeitsplätze, auch durch Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing) anzubieten, wo die betriebliche Organisation dies zuläßt. Wir werden prüfen, wie eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Belastung der Beitragszahler und der Rentenversicherung durch die Tarifparteien als Angebot an ältere Arbeitnehmer vereinbart werden kann.

Über alle Maßnahmen im einzelnen hinaus ist eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft notwendig:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit
- Wettbewerb und Solidarität
- Eigenverantwortung und soziale Sicherheit.

Nur auf diesem Fundament kann die persönliche Initiative gestärkt und immer mehr Teilhabe des einzelnen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt verwirklicht werden.

Die gemeinsame Entschließung der Ministerpräsidenten im Wortlaut

Die Ministerpräsidenten der unionsgeführten Länder und der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind am 4. Februar 1982 in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Bonn zusammengetroffen, um über die gegenwärtige Arbeitsmarktlage und die vorgelegten Vorschläge der Bundesregierung zu beraten.

Sie sind betroffen von den neuesten Arbeitslosenzahlen, die eine seit 32 Jahren nicht mehr bekannte Höhe erreicht haben. Die Verantwortung hierfür liegt eindeutig

und klar bei der falschen Politik der Bundesregierung.

Die Tatsache, daß die Vorschläge der Bundesregierung erst nach monatelanger Debatte, die seit Beginn dieses Jahres zu totaler Konfusion sich widersprechender Vorschläge geführt hat, vorgelegt wurden, hat mehr Schaden angerichtet als durch jedwedes Programm wieder ausgeglichen werden kann.

In völliger Übereinstimmung werden Steuererhöhungen abgelehnt, weil sie kein Mittel zur Belebung der Wirtschaft

sind, sondern nur gegenteilige schädliche Folgen auslösen. Deshalb wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt. Sie hätte zudem mit Sicherheit unmittelbare Folgen auf Tarifverhandlungen. Eine Mehrwertsteuererhöhung wird die Zustimmung der Union nicht finden und kommt damit nicht zustande.

Im übrigen findet sich in den Vorschlägen der Bundesregierung Nützliches — wie die Aufnahme unserer Vorschläge zum Wohnungsbau und zu Investitionen der Bundespost — und Unnützes nebeneinander. Die Texte liegen erst seit heute morgen vor. Sie bedürfen einer sorgfältigen Prüfung im einzelnen.

Wir wollen Arbeit für Arbeitslose — kein Scheinbeschäftigungspogramm. Wir wollen eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Insbesondere der Nutzen und der Aufwand von Investitionszulagen bedürfen, auch des außerordentlich komplizierten Verfahrens wegen, sorgfältiger

Prüfung. Dabei ist die Bereitschaft der Bundesregierung zu weiteren Einsparungen zur Finanzierung eines solchen Projekts von besonderer Bedeutung.

Die Bundesregierung wird erneut aufgefordert, die Kürzungen bei den Gemeinschaftsaufgaben und bei anderen Gemeinschaftsfinanzierungen ganz oder teilweise rückgängig zu machen. In der regionalen Wirtschaftsförderung, in der Verbesserung der Agrarstruktur, im Krankenhausbau, im Hochschulbau, im Straßenbau sind rasch erhebliche Investitionen freizusetzen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Die dafür benötigten Mittel müssen durch Kürzungen bei den konsumtiven Ausgaben, auch in Leistungsgesetzen, freigebracht werden. Wir verweisen auf die diesbezüglichen Vorschläge des Bundesrates und der Bundestagsfraktion, die bisher von der Bundesregierung nicht aufgegriffen worden sind.

Zitate beweisen es

Der Zickzackkurs von Schmidt, Mattheöfer und Genscher

In seiner Antwort auf die „persönliche“ Erklärung des Bundeskanzlers zur Vertrauensfrage (5. Februar) zitierte Helmut Kohl Schmidt und einige seiner Minister, voran Vizekanzler Genscher, die nach dem „Sommertheater“ einen großen Teil der Maßnahmen abgelehnt haben, die sie jetzt als neues sogenanntes Beschäftigungsprogramm wieder vorlegen.

Fast zwei Millionen Arbeitslose in unserem Land — das ist eine Herausforderung an die Politik. Aber bloßer „Aktionismus“ ist nicht die richtige Antwort.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben dieses Wort als Warnung selbst gebraucht.

Vor den Teilnehmern der organisationspolitischen Tagung der SPD am 2. und 3. Oktober 1981 — vor zwei Monaten also — haben Sie erklärt:

„Das, was wir für 1982 tun können, haben wir getan, wenn die gegenwärtigen Beschlüsse im Gesetzesblatt stehen. Das haben wir getan. Alles andere ist Aktionismus, was man zusätzlich noch empfiehlt ist Aktionismus. Entweder müßt Ihr die Steuern erhöhen, um Zusätzliches zu finanzieren, oder wenn wir Kredite aufzunehmen, müßten wir in

Kauf nehmen, daß die Zinsen so hoch bleiben wie sie sind oder noch höher steigen.“

Das alles soll jetzt nicht mehr gelten.

In einer hektischen Aktion hat Ihre Bundesregierung einen Katalog von Maßnahmen beschlossen, von denen Sie selbst gesagt haben, daß sie nichts bewirken.

Eindeutig schädlich aber ist die beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer: sie treibt die Preise und Kosten an, sie ist ein falsches Signal für die laufende Lohnrunde, sie verstärkt die Tendenz zum Steuer- und Abgabenstaat.

Derselben Ansicht ist Ihr Bundesfinanzminister Matthöfer. Am 25. Januar 1982 hat er erklärt:

„Auch eine Änderung des Einkommensteuertarifs oder eine Heraufsetzung des Mehrwertsteuersatzes mit dem ausschließlichen Ziel eines erhöhten Aufkommens für Bund, Länder und Gemeinden sollten aus konjunkturellen Gründen ausscheiden. Eine Mehrwertsteuererhöhung würde zudem Preissteigerungen auslösen, ohne zu den gewünschten Strukturveränderungen beizutragen. Ein Entzug von Kaufkraft aus dem Kreislauf, der nur der Mittelbeschaffung dient, nicht aber zur notwendigen Umstrukturierung beiträgt, wäre konjunkturell unerwünscht, vielleicht sogar kontraproduktiv.“

Dieser Auffassung ist zuzustimmen.

Aus diesen Gründen lehnt die Union, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die Unionsmehrheit im Bundesrat die Erhöhung der Mehrwertsteuer entschieden ab.

Vor allem die FDP wird Gelegenheit haben, Farbe zu bekennen. Wie sagten Sie doch, Herr Hoppe, auf meine Frage in der Haushaltsdebatte vor 14 Tagen?

„Die Freien Demokraten werden auf Ihrer Position beharren, die da lautet:

Wer beschäftigungswirksame Maßnahmen über Kredite oder Steuererhöhungen finanziert will, gefährdet die Grundlage solider Finanzpolitik.“

Und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat in derselben Debatte am 20. Januar 1982 noch konkreter Stellung genommen. Er erklärte damals:

Er sei nach gründlicher Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen, wenn „*eine auf das Jahr 1982 beschränkte Investitionszulage durch eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt per 1. Juli 1983 finanziert*“ werde.

Auch der Vorsitzende der FDP, Hans-Dietrich Genscher, wird sich fragen lassen müssen, ob er noch an dem festhält, was er in den letzten Wochen und Monaten bei vielen Gelegenheiten gesagt hat: zum Beispiel „*daß Ausgabeminderungen der bessere Weg sind als Einnahmeerhöhungen*“ (Brief an die Mandatsträger vom 20. August 1981);

oder: „*Wir mußten verhindern, daß weitere Steuererhöhungen kommen. Wir mußten verhindern, daß ein kostenaufwendiges, in der Sache unwirksames Beschäftigungsprogramm vorgelegt wird.*“ (Saarländischer Rundfunk, 31. Oktober 1981);

oder: „*In der gegenwärtigen Lage würden staatliche Beschäftigungsprogramme allenfalls ein Strohfeuer sein.*“ (Bild-Zeitung, 6. November 1981)

Nach der eigenen Aussage von Herrn Genscher vertritt die FDP „*die Linie des wirtschaftlichen Sachverständes in unserem Land*“ (FDP-Pressedienst vom 13. November 1981). Herr Genscher, welchen Sachverständen meinen Sie da: den vom August, den vom Oktober, vom November oder den vom Januar? Sie, Herr Bundeskanzler, sind auf dem falschen Weg, weil es Ihrer Politik an Stetigkeit und Verlässlichkeit fehlt.

■ KOALITION

Schmidts Demontage geht weiter

Die Demontage des Bundeskanzlers durch seine eigene Partei geht unaufhaltlich weiter. Kaum 48 Stunden nach der von Schmidt im Bundestag herbeigeführten Abstimmung sind ihm erneut wichtige Teile seiner Partei in den Rücken gefallen.

Wieder haben drei SPD-Regionalparteitage (Niederrhein, Westliches Westfalen, Pfalz und Ostbayern) gegen den Kern der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und gegen die geltenden Beschlüsse der NATO votiert. Wenn es stimmt, daß Herbert Wehner den Bundeskanzler zum Stellen der Vertrauensfrage überredet hat, dann gebührt ihm das Verdienst, Schmidt in einen sinnlosen Kraftakt getrieben zu haben: denn heute steht der Bundeskanzler noch schwächer da, als vor der Vertrauensfrage, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger.

Es ist alles wie gehabt: SPD-Minister Haack und FDP-Minister Genscher streiten sich öffentlich über das sog. „Beschäftigungsprogramm“, das uns eben noch von beiden Parteien als der ganz große Wurf vorgestellt worden ist. Herbert Wehner muß schon wieder — als ob es nie eine Vertrauensfrage gegeben hätte — Disziplinierungsbriefe an seine Abgeordneten schreiben, damit sie Helmut Schmidt nicht von der Fahne gehen. Und der Chef dieses durch und durch konkursreifen Unternehmens, Helmut Schmidt selbst, steht ohnmächtig vor seiner sich ihm verweigernden Partei und „holzt“ statt dessen gegen die Opposition. Er merkt offenbar gar nicht, daß die Krisen, die er

für den Fall der Regierungsübernahme der CDU/CSU an die Wand malt, längst traurige Wirklichkeit sind, und daß er selbst derjenige ist, der sie zu verantworten hat.

Das CDU-Präsidium stellte in Bonn fest: Die Beschlüsse wichtiger Parteigliederungen der SPD vom Wochenende zeigen, auf welch brüchigem Fundament die Koalition steht. Die am Freitag so nachdrücklich beschworene Einigkeit habe noch nicht einmal über das Wochenende gereicht. „Die SPD, die dem Kanzler eben noch das Vertrauen aussprach, mißtraut seiner Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Wirksamkeit seines sogenannten Beschäftigungsprogrammes.“ Die Niederlagen, die Helmut Schmidt auf den verschiedenen Bezirksparteitagen der SPD hinnehmen mußte, sind der Beweis dafür, daß es bei der Abstimmung am Freitag nicht um eine Vertrauensbekundung ging, sondern um eine vom Kanzler seiner eigenen Partei aufgezwungene Demonstration der Entschlossenheit, um jeden Preis an der Macht zu bleiben.

Kanzler benutzt Briefe alter Nazis gegen die Union

Der Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung vom 14. Januar 1982 u. a. erklärt: „In der Konsequenz bekommt man Briefe von alten Nazis, die unter uns leben, in denen viel Böses über die Polen, über die Russen, über die Bundesregierung in einem einzigen Atemzug gesagt wird. Das ist die Saat, die mit solcher Sprache gesät wird.“

Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, Karl Miltner, erklärte hierzu: Auf meine Bitte, ob diese Briefe dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages zugänglich gemacht werden können, hat der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Manfred Lahnstein, mir wörtlich geantwortet:

„Der Bundeskanzler ist bereit, dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages den Inhalt ihm zugegangener Briefe, die ihn zu seiner Bemerkung in der Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 1982 veranlaßten, zur Verfügung zu stellen, wenn es vom Ausschuß gewünscht wird. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß im Bundeskanzleramt wie auch in den Bundesministerien Schreiben ohne Absenderangabe nach Kenntnisnahme vernichtet werden. Dies trifft auch für den größten Teil der von Ihnen angesprochenen Briefe zu, da Zuschriften mit nazistischem Inhalt zumeist anonym eingehen.“

Da gibt der Bundeskanzler im Deutschen Bundestag eine Erklärung ab, diffamiert die gesamte CDU/CSU und läßt hinterher erklären, die meisten Briefe, auf die er sich stützt, seien vernichtet worden, als ob es sich um belanglose Postwurfsendungen gehandelt habe. Die Behauptung, daß bei den Bundesressorts Schreiben ohne Absenderangaben vernichtet würden, ist obendrein nicht zutreffend. Auch anonyme Schreiben werden aufbewahrt, wenn sie von Relevanz sind, wie in dem vorliegenden Fall.

Es gibt nur eine Erklärung: Entweder gab es gar keine oder nur wenige Schreiben, so daß es den Herren aus dem Bundeskanzleramt jetzt peinlich ist, zuzugeben, daß der Bundeskanzler seine ganze Attacke nur auf einer Luftblase geritten hat.

Grüne Politiker zur CDU übergetreten

Zwei Politiker der Grünen in Niedersachsen sind kurze Zeit nacheinander zur CDU übergewechselt. Der einzige Ratsherr dieser Partei, Gunther Hickler, im Uelzener Stadtrat verhalf der CDU damit zur Mehrheit. Er begründete seinen Parteiwechsel mit der „bundesweiten Entwicklung“ der Grünen. Vor Hickler war bereits der einzige Abgeordnete der Grünen im Kreistag von Holzminden, Gerhard Jakobs, zur CDU übergetreten.

„Komm zurück . . .“

Die SPD, die im vergangenen Jahr 20 000 Mitglieder verlor, macht einer Meldung des „Spiegel“ zufolge, kritischen Genossen jetzt den Parteiaustritt schwer. Seit einigen Tagen schickt die Bonner Parteizentrale all jenen SPD-Mitgliedern ihre Parteibücher samt Begleitbrief zurück, die wegen des Ausschlusses von Karl-Heinz Hansen die Sozialdemokratische Partei verlassen wollen. Hansen, so belehrt die zuständige Referentin die Abtrünnigen, sei nicht wegen seines Engagements für den Frieden ausgeschlossen worden, sondern weil er prominente und regierende Genossen beleidigt und diffamiert habe. Schlußsatz: „Ich bitte Dich, Deinen Austritt noch einmal zu überdenken.“ Anlage: Parteibuch.

Jusos fordern Parteisäuberung

In einem von Willi Piecyk, bis zum Ende der ersten Jahreshälfte 1982 amtierender Juso-Chef, veröffentlichten Thesenpapier fordern die SPD-Junioren die Mutterpartei auf, sich politisch-inhaltlich und personell in Richtung (Jung-)Sozialismus zu erneuern. Es heißt dort, die SPD sei zu einem bloßen Anhänger der Bundesregierung und einem sozialliberalen Wahlverein heruntergekommen. Nach Auffassung des Juso-Vorsitzenden-Kandidaten Rudolf Hartung muß die Partei „wieder eine Massenorganisation zur Vertretung der Arbeiterklasse“ werden.

Der April-Parteitag in München müsse eine Wende bringen. Hierzu sei es auch erforderlich, daß Parteitagsbeschlüsse für SPD-Mitglieder in der Regierung verbindlicher Ausgangspunkt ihres Handelns würden.

KOMMUNEN

Bonn für die Finanzmisere in Städten und Gemeinden verantwortlich

Mit ihrer großen Anfrage hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die schwierige Situation der Städte, Gemeinden und Kreise der breiten Öffentlichkeit bewußt gemacht. Aber die Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage ist unzulänglich, erklärte der kommunalpolitische Sprecher Horst Waffenschmidt in der Debatte.

Sie will eine heile Welt der kommunalen Selbstverwaltung zeichnen, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Wie sieht die Situation unserer Gemeinden heute tatsächlich aus? Der größte Sorgenbereich ist die kommunale Finanzsituation. Der Deutsche Städetag nennt die Finanzlage der Städte bedrohlich. Dies führt dazu, daß ausgegerechnet in diesem Jahr, wo Investitionen und kommunale Aufträge zur Besserung der Beschäftigungslage dringend notwendig wären, die kommunalen Investitionen erneut um rund 5 Mrd. DM zurückgehen werden.

Die Politik des Bundes zu Lasten der Gemeinden erreichte ihren letzten Höhepunkt bei der sogenannten Operation '82, als die Mehrheit des Bundestages Gesetze mit mehr als 2 Mrd. DM neuen jährlichen Lasten für die Gemeinden beschloß. Dies war und ist ein unerträglicher finanzpolitischer Verschiebebahnhof zu Lasten der Gemeinden. Wir haben es der Mehrheit des Bundesrates und ihren Vorschlägen sowie der Arbeit des Vermittlungsausschusses zu danken, daß ein Teil dieser Rücksichtslosigkeit gegenüber den

Gemeinden nicht Realität wurde. Wenn die Bundesregierung seit Monaten von Beschäftigungsprogrammen redet und zugleich den Gemeinden als Hauptträger öffentlicher Investitionen die Möglichkeiten für beschäftigungswirksame Maßnahmen drastisch beschneidet, dann ist dies eine höchst inkonsequente Politik und zugleich eine traurige Irreführung der Bürger.

Entscheidend ist jetzt, daß wirklich eine Wende eintritt in der Bundespolitik. Die wichtigste Forderung für die Gemeinden ist eine bessere Wirtschaftspolitik: Leistung muß sich lohnen und darf nicht durch immer neue Erhöhungen von Steuern und Abgaben bestraft werden. Private Investitionen, z. B. im Wohnungsbau, und Innovationen in den Betrieben müssen nachhaltig gefördert werden. Flankierend dazu muß die kommunale Investitionskraft gestärkt werden. Notwendig sind nicht kurzfristige finanzpolitische Strohfeuer, sondern eine dauerhafte Strategie:

1 Ein Beschuß des Deutschen Bundestages, der festlegt: Keine weiteren Gesetze und Pläne des Bundes zu Lasten der kommunalen Finanzen. Die kommunalen Körperschaften müssen sich bei ihren Investitionsentscheidungen darauf verlassen können, daß in den kommenden Jahren nicht erneut ein finanzpolitischer Verschiebebahnhof zu ihren Lasten entsteht, wie durch die Koalitionsbeschlüsse zur Operation '82.

2 Weitere Überprüfung der Leistungssetze und Subventionen, die die Gemeindehaushalte belasten, um Finanzmittel für

Investitionen und damit Sicherung von Arbeitsplätzen bereitzustellen. Auch im Bundeshaushalt sind Umschichtungen notwendig, um mehr Investitionen zu fördern. Viele Gemeinden könnten dann sofort baureife Projekte in Angriff nehmen.

③ Wirksame Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren, die von Ländern und Gemeinden seit Monaten dringlich angemahnt werden, sind nun überfällig. Viele Städte und Gemeinden können die Probleme und Finanzlasten durch den Ansturm von Wirtschaftsflüchtlingen nicht mehr verkraften.

④ Die Fortführung der Gemeindefinanzreform muß auf der Tagesordnung der Bundespolitik bleiben. Bund und Länder müssen gemeinsam um die bessere Qualität der Finanzausstattung der Gemeinden ringen. Das bedeutet vor allem weniger Zuschüsse und Einzeldotationen und statt dessen mehr Steuerbeteiligungen und Finanzmittel zum eigenverantwortlichen Einsatz.

Das gesamte Verfahren für die Beantragung, Bewilligung und Abrechnung von Zuschüssen kostet Bund, Länder und Gemeinden pro Jahr rund 1 Mrd. DM an Verwaltungskosten.

⑤ Verzicht auf die Verbandsklage, die die Bundesregierung im Umweltschutz einführen will. Dies zusätzliche Rechtsmittel bringt neue Investitionshemmisse. Es würde auf Dauer auch nicht auf den Umweltschutz beschränkt bleiben. Auch wir wollen Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation. Aber nach einer Phase des Gesprächs muß die Entscheidung kommen. Und die Entscheidung müssen die nach Verfassung und Gesetz Verantwortlichen treffen, insbesondere die vom Volk gewählten Parlamente.

In der Debatte führt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger folgendes aus:

Mit zwei Dritteln der öffentlichen Investi-

tionen sind die Gemeinden Hauptträger der Konjunktur, insbesondere der Baukonjunktur. Was hat es für einen Sinn, in Bonn ein Beschäftigungsprogramm zusammenzuklauben und gleichzeitig zuzulassen, daß die Gemeinden investitionsunfähig werden? Was an kommunalen Investitionen verlorengeht, kann durch Bundesprogramme von 6 oder 10 Mrd. DM nicht wieder gutgemacht werden.

Wenn nicht nur einzelne Gemeinden in Schwierigkeiten geraten, wenn jetzt nahezu alle Gemeinden gezwungen sind, das konjunkturpolitische Falsche zu tun, nämlich die Abgabenlast zu erhöhen, den Kapitalmarkt verstärkt in Anspruch zu nehmen und zugleich die Investitionen zu kürzen, dann kann das nicht örtlich verursacht sein, dann kann das nur an den Rahmendaten liegen, die vom Bund gesetzt werden.

Steuererhöhungen, auch kommunale Steuererhöhungen müssen vermieden und die normalen Investitionsquoten müssen aufrechterhalten werden. Das setzt eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte voraus. Weg vom Übermaß an Personalausgaben und Transferleistungen. Nur so kann das Tempo der Neuverschuldung und der Ausgabenerhöhung gestoppt und Raum für Investitionen zurückgewonnen werden. Diese Umstrukturierung kann nur vom Bund eingeleitet werden. Die Führungsaufgabe obliegt der Bundesregierung. Sie ist ihr bis heute nicht einmal in Ansätzen gerecht geworden.

Nur eine Politik, die Steuer- und Abgabenlasten begrenzt und Spielraum für Investitionen schafft, kann die Volkswirtschaft in Bewegung bringen, Vollbeschäftigung schaffen und den Gemeinden zugleich den Rang zurückgeben, den sie nach der Verfassung haben, nämlich eigenverantwortliche Gestalter der örtlichen Gemeinschaften zu sein.

AUSLÄNDERPOLITIK

Regierung hat versagt und die Probleme auf andere abgewälzt

Regierung und Koalition haben in der Ausländerpolitik versagt, stellte Alfred Dregger in der Debatte im Bundestag fest. Die Regierung hat die Dinge treiben lassen, sie hat die Probleme verdrängt und die Lasten auf andere abgewälzt, insbesondere auf Länder und Gemeinden.

Die Warnungen des Bundesinnenministers vor Ausländerfeindlichkeit wirken um so peinlicher, als er nichts getan hat, um ihr vorzubeugen. Die Untätigkeit der Bundesregierung ist um so unverzeihlicher, als die Opposition auch auf diesem Felde — vergleichbar der Energie- oder der Sicherheitspolitik — im Interesse unseres Landes alles getan hat, um der Regierung die Arbeit zu erleichtern. Aber auch in der Ausländerpolitik wurden unsere Warnungen in den Wind geschlagen, unsere Motive verdächtigt und unsere Initiativen zurückgewiesen.

Erst jetzt, nachdem die Entwicklung den von uns erwarteten und vorausgesagten Verlauf genommen hat, erst nachdem die Arbeitslosigkeit ein immer bedrückenderes Ausmaß annimmt und Ausländer auch auf dem Arbeitsmarkt zunehmend als Konkurrenten empfunden werden, erst jetzt fangen Bundesregierung und Koalition an, aufzuwachen und nachzudenken. Es muß für die Zukunft vermieden werden, daß aus jedem Aufenthalt zu Erwerbs- oder Bildungszwecken ein Anspruch auf Daueraufenthalt mit Familiennachzug erwächst. Wer wünscht, daß der Zuzug von Ausländern auch in Zukunft möglich

bleibt, muß fordern, daß ihre Rückkehr in die Heimat die Regel ist. Das zu fordern, ist keineswegs unmoralisch. Die von uns ins Land gerufenen Ausländer — und nicht alle wurden gerufen — sind in ihrem eigenen Interesse gekommen. So wird es auch in Zukunft sein. Ihnen wurde und wird ein — im Vergleich zu ihren Heimatländern — attraktiver Arbeitsplatz und ein überaus attraktives Sozialsystem angeboten. Für ihre Heimatländer sind sie eine wichtige Devisenquelle. Es entspricht unserer Grundauffassung, daß wir die Bemühungen der Ausländer um die Erhaltung ihrer nationalen Identität anerkennen. Wir wollen niemanden germanisieren. Wer Deutscher werden kann und will, dem soll Gelegenheit dazu geboten werden. Einen Anspruch auf Einbürgerung lehnen wir jedoch ab. Was keinem Verein zugemutet wird, daß Außenstehende einen Anspruch auf Mitgliedschaft haben, kann auch unserem Staat nicht zugemutet werden. Wie das Beispiel gerade der Türken zeigt, gibt es auch in der zweiten Generation Ausländer, die nach Mentalität und Sprachgewohnheit Ausländer geblieben sind und bleiben wollen. Ist das der Fall, dann kann eine Einbürgerung nicht in Frage kommen. Wer nicht auch nach Sprache und innerer Einstellung Deutscher werden will oder kann, muß als Ausländer unter uns leben und sich den dafür geltenden Regeln unterwerfen. Die Integration der unter uns lebenden Ausländer muß gefördert werden. Integration bedeutet nicht Assimilation. Die Aufgabe der Integration stellt sich gerade bei

denjenigen Ausländern, die nicht Deutsche werden wollen, die aus anderen Kulturreisen stammen und ihre Eigenart bewahren wollen. Bei dieser schwierigen und nicht immer voll zu erfüllenden Integrationsaufgabe kann auf die Mithilfe karitativer Organisationen nicht verzichtet werden. Sie bedürfen der staatlichen Unterstützung und verdienen große Anerkennung.

Besondere menschliche Verpflichtungen haben wir gegenüber den Kindern der Ausländer. Bei ihnen konkurrieren die Einflüsse der Heimat ihrer Eltern und der neuen Umgebung. Für diese jungen Menschen sind Bildung und Ausbildung von entscheidender Bedeutung. Das gilt unabhängig davon, ob sie in Deutschland bleiben oder — hoffentlich als unsere Freunde — in ihre Heimat zurückkehren werden. Integration setzt Deutschkenntnisse voraus. Diese sind auch eine unentbehrliche Voraussetzung für integrierte Klassen an unseren Schulen.

Die Interessen der deutschen Kinder werden aufs schwerste verletzt, wenn sie als Minderheit in Schulklassen unterrichtet werden, deren Mehrheit Ausländerkinder ohne gute Deutschkenntnisse sind. Für Ausländerkinder, die nicht ausreichend Deutsch können, muß es im Interesse beider Seiten auch Ausländerklassen geben, wobei u. a. durch verstärkte Lehrerzuweisung darauf hingewirkt werden muß, daß diese Ausländerkinder integrationsfähig und -bereit werden.

In der gleichen Debatte erklärte MdB Carl-Dieter Spranger: Die Ausländerpolitik der Bundesregierung ist ein getreues Spiegelbild ihrer Gesamtpolitik: Sie ist unglaublich, unrealistisch und gescheitert. 1977 hat die Bundesregierung erklärt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Heute, 1982, ist diese Aussage durch die dramatische Zunah-

me der Ausländer längst widerlegt worden. Kein ausländerpolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung hat dies verhindert.

Tatsachen beweisen das Versagen der Bundesregierung: Unter der Regierung Schmidt/Genscher

— stieg die Zahl der Ausländer von rund 2,3 Mio. im Jahre 1969 auf offiziell über 4,7 Mio. Unter Einbeziehung der Dunkelziffer und der illegalen belaufen sich die Schätzungen auf über 5 Mio.;

— ist der Anteil der Ausländer damit auf ca. 8 Prozent der Gesamtbevölkerung, in Teilbereichen bis weit über 25 Prozent angestiegen;

— hat sich der Anstieg dramatisch erhöht, denn die Zahl der Ausländer wuchs allein 1978 um 650 000 = 16,3 Prozent;

— wurde durch die Konzentration und Gettobildung in den Ballungszentren Deutsch in vielen Schulen zur Minderheitensprache;

— 1980 betrug der Anteil der ausländischen Straftatverdächtigen 15 Prozent, bei Rauschgiftdelikten und der Gewaltkriminalität bis über 25 Prozent;

— der staatlich geduldete Mißbrauch unseres Sozialstaates, des Asylrechts, des Aufenthaltsrechts erreichte nie bekannte Ausmaße;

— die Grenzen der wirtschaftlichen, strukturellen, sozialen und psychischen Belastbarkeit des deutschen Volkes durch Ausländer wurden weit überschritten;

— das noch vor Jahren vorbildliche Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern ist nachhaltig gestört;

— Ausländerfeindlichkeit macht sich deshalb breit.

Diese Entwicklung ist gefährlich für das soziale Klima in unserem Lande, für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland und ihre demokratischen Institutionen.

■ CDU OLDENBURG

Albrecht-Politik fortsetzen

Auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes Oldenburg rief dessen Landesvorsitzender, der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gerhard Glup, die Delegierten dazu auf, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, daß auch in Zukunft die bisherige erfolgreiche Albrecht-Politik in Niedersachsen fortgesetzt werden könne.

Im Mittelpunkt dieser Politik, stellt Glup in seinem Rechenschaftsbericht weiter fest, stehe der Mensch und nicht die Ideologie. Deshalb sei die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens, nämlich die Familie, durch die Albrecht-Politik gestärkt worden. Diese Stärkung sei sowohl durch eine größere Verantwortlichkeit der Eltern bei der Erziehung als auch durch eine materielle Besserstellung der Familie erreicht worden. Auch die Herauslösung der schulpolitischen Diskussion aus ihrer ideologischen Befangenheit und die Vermenschlichung der Schule sei ein Verdienst der Landesregierung.

Die Lösung der Spannungen zwischen Ökonomie und Ökologie ist für uns eine Aufgabe mit besonderer Priorität, führte Glup weiter aus. Die berechtigten Anliegen für die Erhaltung der Umwelt müßten mit Augenmaß betrieben werden und in Einklang mit ökonomischen Erfordernissen stehen. Dies gelte sowohl für das Verhältnis Industrie und Umwelt als auch für den so wichtigen Bereich der Landwirtschaft. Glup wies darauf hin, daß die Alternative zu dieser Politik nur Kollektivismus und Sozialismus heißen könne. Diese zu verhindern könne ausschließlich durch höchsten Einsatz und größte Geschlossenheit

der CDU erreicht werden. Diese Geschlossenheit und diesen Einsatz auch in diesem Landtagswahlkampf zu zeigen, forderte Glup die Delegierten und CDU-Mitglieder auf. Es gelte, am 21. März in Niedersachsen die absolute Mehrheit zu erringen. Nur dadurch könne die Kontinuität in der niedersächsischen Politik sichergestellt werden.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler nannte auf dem Landesparteitag der Oldenburger CDU den im Deutschen Bundestag gemachten Vorwurf des Bundeskanzlers, die CDU blockiere das Investitionsprogramm der Bundesregierung, ein durchsichtiges Täuschungsmanöver. Das Programm enthalte zum Teil richtige Vorschläge, die die CDU schon vor einem Jahr gemacht habe, von der Koalition damals aber leider abgelehnt worden sei. Die CDU werde aber eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verhindern, da diese durch ihre negative Wirkung auf den Wirtschaftskreislauf weitere Arbeitsplätze vernichte. Statt dieses deshalb wirkungslosen Programms fordere die CDU einen grundsätzlichen Kurswechsel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Im weiteren Verlauf des Parteitages wurden Delegierte gewählt für den Parteiausschuß der CDU in Niedersachsen und mehrere Anträge verabschiedet. So forderte der CDU-Landesverband Oldenburg u. a. die unverzügliche Novellierung des Wehrpflichtgesetzes, wobei die Beibehaltung des Vorrangs der allgemeinen Wehrpflicht sicherzustellen ist, die Gewissensprüfung vor einem Prüfungsausschuß für diejenigen, die von ihrem Recht auf Verweigerung des Wehrdienstes Gebrauch machen wollen, jedoch abzuschaffen sei.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Vertrauen?

Die Schwalbe des einmütigen Vertrauensvotums für den Bundeskanzler beschert der Koalition noch keinen neuen Sommer. Als sollte hier jedem Mißverständnis vorbeugeut werden, eröffnete der sozialdemokratische Wohnungsbauminister Haack sogleich beim Mietrecht den begrenzten Konflikt an der Beschäftigungsfront, und FDP-Chef Genscher schlug prompt zurück. Welche Harmonie!

Kölner Stadt-Anzeiger, 8. Februar 1982

Trotz Vertrauensvotum: Regierungslager ist uneins!

Die Welt, 8. Februar 1982

Nur kurz hielt die Hoffnung der Koalitionsleitung, das spektakuläre Vertrauensvotum für Helmut Schmidt könnte der Bevölkerung die völlige Einigkeit der sozial-liberalen Regierungsparteien vorspiegeln. Schon am Wochenende hat das Gerangel wieder begonnen, und Herbert Wehner mußte erneut in einem Brief seine Frak-

tionskollegen ermahnen, bei den bevorstehenden eventuellen Änderungsanträgen auf die FDP Rücksicht zu nehmen.

Stuttgarter Nachrichten, 8. Februar 1982

Daß die Sozialdemokraten irgendwann noch einmal Tritt fassen könnten und in der Lage wären, sich als geschlossene Partei zu präsentieren, ist wohl nicht mehr zu erwarten.

Stuttgarter Nachrichten, 9. Februar 1982

Der Applaus aus den Koalitionsparteien für den Bundeskanzler ist kaum verklungen nach dem Vertrauensvotum, da stellt sich ein, was vorher bereits zu befürchten war. In der Sache zerren die Partner nach wie vor am Lebensnerv der Koalition.

Süddeutsche Zeitung, 8. Februar 1982

Allmählich beginnt Helmut Schmidt sogar seinen Gegner leid zu tun. Je mehr er mit Händen und Füßen rudert, um die Partei daran zu erinnern, daß Regierungspolitik die Kunst des Möglichen ist, um so mehr versinkt seine Autorität im Sumpf von Parlentagsbeschlüssen, die seine Glaubwürdigkeit ungeniert desavouieren.

Main-Post (Würzburg), 9. Februar 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinrich Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.